

Autor: Sabine Gottschalk
Seite: online

Ressort: Projekte
Mediengattung: Newsletter

Forsa-Studie gibt Bauwert-Chef bei brandenburgischer Provinzposse recht

Nach Jahren der Auseinandersetzung zwischen Bauwert und der Stadtverwaltung Wildau hat Bauwert-Chef Jürgen Leibfried das Meinungsforschungsinstitut Forsa ins Boot geholt. Und siehe da: Die Mehrheit der Wildauer spricht sich für sein Wohnungsbauprojekt aus. Wenn ein Projektentwickler in einem kleinen brandenburgischen Städtchen eigens eine Forsa-Studie beauftragt, muss die vorangegangene Leidensgeschichte lang sein. So ergeht es seit Jahren dem Chef von Bauwert, Jürgen Leibfried. Mit seinem Unternehmen will er auf einem 77.500 qm großen Wassergrundstück Miet- und Eigentumswohnungen errichten und denkt gar nicht daran, sein Vorhaben aufzugeben. Die Geschichte spielt im 11.000-Seelen-Städtchen Wildau im Landkreis Dahme-Spreewald, nur wenige Kilometer südöstlich von der Berliner Stadtgrenze, und erinnert an eine Provinzposse bester Art. Miet- und Eigentumswohnungen in Wasserlage Bauwert plant in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WiWo in einem 30/70-Modell neben Eigentumswohnungen in direkter Wasserlage in zweiter Reihe auch geförderten Wohnraum, soziale Infrastruktur und ein kleines Gewerbezentrum. Um das Vorhaben realisieren zu können, muss die Fläche zuvor aber gründlich dekontaminiert werden, denn der Boden ist seit 100 Jahren mehrere Meter tief mit Chemikalien verseucht. Die Kosten allein für diese Arbeit werden auf mindestens 22 Mio. Euro geschätzt. Auch das will Bauwert übernehmen. Für die kleine Stadt müsste die Offerte auf den ersten Blick ein willkommenes Geschenk sein, denn hier könnte sich niemand eine solche Bodenreinigung leisten. Projekt war vielen

Bürgern nicht bekannt Die Studie, deren Ergebnisse am Donnerstag von Forsa-Chef Peter Matuschek der Presse vorgestellt wurden, erstaunt vor allem mit einer Erkenntnis: Ein Drittel der Befragten wusste gar nichts von dem Projekt, das die Lokalpolitik seit Jahren hin- und herschiebt. Die Verwaltung habe nicht ausreichend informiert. Eine bereits vor zwei Jahren geplante Bürgerversammlung fand nie statt. 61% der per Zufalls-generator ausgewählten Wildauer Bürger sprachen sich eindeutig für das neue Quartier am Wasser aus, das die Stadt beleben und aufwerten soll. Bislang ist es in dem Ort, der ein bedeutender Wissenschaftsstandort in der Region ist, nämlich fast unmöglich, Wohnraum zu finden. Doch ähnlich dem bekannten gallischen Dorf, in dem schon Asterix und Obelix aktiv waren, gibt es auch in Wildau eine starke Front, die sich der "Fremdiansiedlung" widersetzt. Ohne dabei wirklich plausible Gründe vorzubringen. Deshalb sollte zwischenzeitlich sogar schon ein Baumortorium eingeführt werden. Man wolle lieber einen Park statt eines Stadtquartiers an der Dahme errichten oder den bisherigen Wildwuchs einfach stehen lassen, damit die Grünfläche von allen genutzt werden könne, sagen die einen. Dann droht allerdings die Gefahr, dass Kinder auf vergiftetem Grund spielen und Pilzsammler sich das Gift in den Kochtopf holen. Vor allem aber will man unter sich bleiben und befürchtet auch hier, weit weg von den Berliner Szenekiezen, eine Art ländliche Gentrifizierung. Und die mittlerweile abgewählte Bürgermeisterin Angela Homuth (SPD) hielt ihr Fähnchen in den vermeintlich politisch günstigsten Wind. Verbesserte Infrastruktur und nutzbare Brache Die Befür-

worter des Wohnprojekts hingegen sehen die Vorteile der Idee, eine bislang größtenteils gesperrte Brache endlich nutzbar zu machen. Denn im Zuge der Entwicklung würde neben der sozialen auch die verkehrliche Infrastruktur verbessert, indem der Bau einer dringend benötigten Unterführung unter der den Ort teilenden Bahnstrecke Berlin-Cottbus vorangetrieben wird. Ohne den Tunnel würden in wenigen Jahren mehr Fahrzeuge und Fußgänger auf beiden Seiten der Gleise an den Schranken stehen, als darüber hinwegfahren könnten, da die Strecke nicht nur durch eine eng getaktete S-Bahn-Linie genutzt wird, sondern ab 2024 auch die Hauptzufahrt zum neuen ICE-Instandhaltungs-Bahnwerk in Cottbus sein soll. Im April war die Bürgermeisterin per Bürgerentscheid mit großer Mehrheit abgewählt worden. Homuth war gerade erst zwei von eigentlich acht Jahren im Amt gewesen. Zuvor hatte es Korruptionsvorwürfe - teils im Zusammenhang mit einem anderen Immobilienprojekt - gegen sie gegeben. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aber gegen Zahlung eines Geldbetrags eingestellt. Im September stehen in Wildau Neuwahlen an, bei denen sich ein eindeutiger Befürworter des Bauwert-Vorhabens besonders profiliert: Der ehemalige Rektor der TH Wildau, László Ungvári (parteilos), kandidiert, um das politische Gleichgewicht wiederherzustellen. Doch auch ihm bläst Gegenwind ins Gesicht. Martin Stock (CDU/FDP), einer der vielen weiteren Kandidaten spricht sich gar privat für den Bau, politisch aber dagegen aus.

Wörter: 661